



Hier, im Aargauischen Grossen Rat, werden bald bekannte und neue Gesichter für eine neue Legislatur zu sehen sein. Foto: Daniel Desborough © Kanton Aargau.

## Sie werden sich für die Bildung einsetzen

**Wahlen 2016.** Am 23. Oktober werden die Gesamterneuerungswahlen für den Grossen Rat und den Regierungsrat für die Amtsperiode 2017/20 durchgeführt. Das SCHULBLATT stellt alle Kandidierenden vor, die Mitglied im alv sind und sich für die Anliegen der Bildung einsetzen werden. Wie genau, das haben die Kandidierenden kurz selber beantwortet.

1064 Kandidierende aus elf Bezirken stellen sich in der Gesamterneuerungswahl für den Grossen Rat zur Wahl, die gleichzeitig mit den Regierungsratswahlen stattfindet. Die insgesamt 140 Mitglieder des Grossen Rates werden alle vier Jahre im Proporzverfahren gewählt. Der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband ist daran interessiert, möglichst viele seiner Mitglieder, die sich zur Wahl stellen, im künftigen Grossen Rat als Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu sehen. In der vergangenen Legislatur vertraten 12 Grossratsmitglieder die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer. Es ist erfreulich: 33 Kandidierende sind alv-Mitglieder, die vom Verband zur Wahl empfohlen werden. Denn diese Kandidierenden der Parteien SP, Juso, Grüne, glp, EVP, FDP und CVP gewichten die Anliegen der Bildung hoch. Dies ist auch nötig:

Bereits zum dritten Mal in Folge sind im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2017 bis 2020 schmerzhaft Spar- und Abbauvorschläge für die Bildung vorgesehen. Sie sind schädlich, was die Bildung der Kinder und Jugendlichen anbelangt und demotivierend für die Lehrpersonen – sollen doch auch die Anstellungsbedingungen hinterfragt werden. Weitere bildungspolitische Themen werden die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in den nächsten Jahren beschäftigen: zum Beispiel die Integrative Schulung oder der Lehrplan 21. alv und SCHULBLATT haben die kandidierenden alv-Mitglieder gebeten, kurz und prägnant auf folgende drei brennende Fragen zu antworten:

- 1. Welche Abbaumassnahmen im Bildungsbereich erachten Sie als besonders schädlich?**
- 2. Die Integrative Schulung soll wieder abgeschafft werden, was halten Sie von dieser Forderung?**
- 3. Welches konkrete Bildungsanliegen würden Sie bei einer Wahl in den Grossen Rat einbringen?**

Das SCHULBLATT präsentiert in dieser Ausgabe 15 Kandidierende. In der Ausgabe vom 23. September werden weitere

Kandidierende vorgestellt. Die Verteilung auf die Ausgaben verfolgt keinerlei Absicht. Wir wünschen allen Mitgliedern des alv, die kandidieren, viel Erfolg!  
Irene Schertenleib, Kathrin Scholl,  
stv. Geschäftsführerin alv

Das Kantonale Wahlbüro hat Kurzportraits aller Kandidatinnen und Kandidaten und die nach Bezirken zusammengefassten Listen für die Grossratswahlen hier aufgeschaltet: [www.ag.ch/gr16](http://www.ag.ch/gr16).

### alv-Mitglied Yvonne Feri kandidiert für den Regierungsrat

Am 11. August gab Yvonne Feri, Aargauer Nationalrätin der SP, ihre Kandidatur für den Aargauer Regierungsrat bekannt. Yvonne Feri ist Mitglied im alv und wird deshalb in der nächsten Ausgabe des SCHULBLATT vom 23. September auf den alv-Seiten vorgestellt. Die Geschäftsleitung des alv ist erfreut über die Kandidatur Feris und überzeugt, dass sie sich engagiert für Bildungsthemen einsetzen wird.

## Bezirk Aarau



**Hardmeier Marco**

Aarau, 1976  
Präsident Grosser Rat, Schulleiter  
SP, bisher

«1. Sparmassnahmen im Bildungsbereich sind immer mit Vorsicht zu geniessen, denn die Behauptung, da sei noch viel Luft im System, trifft nicht zu. Gehen die Abbauprojekte zulasten der Schülerinnen, Schüler oder Studierenden, darf auch in Zukunft mit meinem persönlichen Widerstand gerechnet werden.

2. Damit Integrative Schulung gelingt, müssen gute Rahmenbedingungen vorhanden sein. Neben einer positiven Grundhaltung sind gut ausgebildete Lehrpersonen mit korrekten Anstellungsbedingungen, eine unterstützende Infrastruktur und pädagogische Konzepte notwendig. Die Forderung zur Abschaffung der Integrativen Schulung zielt darauf ab, die finanziell notwendigen Mittel nicht bereitstellen zu müssen/wollen. Dagegen wehre ich mich.

3. Der Kanton Aargau wächst. Eine Plafonierung oder Reduzierung der Bildungsausgaben führt in Zukunft zu grossen Problemen – für einzelne Menschen und für die Gesellschaft. Dies wird künftige Generationen einiges mehr kosten als heute. Das Sparmantra hat im Bildungsbereich nichts verloren.»



**Christoph Waldmeier**

Aarau, 1986  
Oberstufenlehrer, Schreiner,  
Einwohnerat  
EVP, neu

«1. Dass man den Hinterbliebenen die Lohnfortzahlung nicht mehr ein halbes Jahr gewährleistet, ist das Letzte und lässt kaum Zeit für Trauer. Mehr Unterricht und Abbau des Dienstaltersgeschenks ist für die Burn-out-Problematik sicher nicht förderlich. Zudem werden seit Jahren die Lohnversprechen nicht eingehalten – wie soll man dann ehrlich über Sparvorschläge diskutieren können?

2. Persönlich mache ich gemischte Erfahrungen mit Integrativer Schulung. Lange wäre ich eher für die Abschaffung gewesen. Bei der aktuellen Sparwut des Kantons würde ich genau ausrechnen, mit welchem Modell es mehr Ressourcen gibt. Dass man vom Kanton schon zu solchem Denken gedrängt wird, finde ich schäbig.

3. Gerade bei den Schwächsten darf, soll und muss nicht gespart werden. Jugendliche, welche keine Anschlusslösung haben, kosten den Staat viel mehr. Leider werden die hohen Folgekosten meist anderen Behörden überwältigt. Ich wünsche mir ein Bildungssystem, das möglichst vielen eine Anschlusslösung ermöglicht.»



**Bumbacher Sabine**

Gränichen, 1980  
Reallehrerin  
EVP, neu

«1. Ich finde vor allem die Abbaumassnahmen im Bereich von Klassengrössen und die Reduktion von Lektionen wie zum Beispiel die Anhebung der minimalen Abteilungsgrösse an der Real- und Sekundarschule oder die Reduktion von ungebundenen Lektionen im Kindergarten sehr bedenklich.

2. Unter den gegebenen Umständen überzeugt die Integrative Schulung nicht sonderlich, was aber nichts daran ändert, dass die Leitidee dahinter gut ist. Ich persönlich begrüsse die Integrative Schulung sehr, sehe aber auch die aktuelle Problematik, die meines Erachtens vor allem in mangelnden Ressourcen und in der einseitigen Integration in die Realschule begründet liegt.

3. Bildung muss etwas kosten dürfen, da sie über die Zukunft der nächsten Generation entscheidet. Und wir müssen diejenigen besonders unterstützen, für die ein gelungener Übertritt in die Berufswelt nicht aus eigener Kraft möglich ist.»

## Bezirk Baden



### Burger, Alain

Wettingen, 1983  
Berufsschullehrer  
SP, neu

«1. Die Einsparungen bei den Unterrichts- und Anstellungsbedingungen sind besonders problematisch. Die Erhöhung der Klassengrößen, der Abbau von Lektionen und die Erhöhung der Pflichtpensen gefährden die Qualität des Bildungswesens. Der Lehrberuf verliert an Attraktivität.

2. Die integrative Förderung wirkt sich auf die schulische wie auch auf die soziale und berufliche Entwicklung der Lernenden positiv aus. Dies gelingt aber nur, wenn genügend Ressourcen bereitgestellt werden. Hier sehe ich Handlungsbedarf. Die Abschaffung ist der falsche Weg.

3. Ich würde mich für gute Unterrichts- und Anstellungsbedingungen einsetzen, denn diese fallen in die Kompetenz der Politik und sind entscheidend für eine positive Bildungskultur. Daneben unterstütze ich die Einführung nationaler Lehrpläne, Lehrmittel und individueller Standortbestimmungen. Schulstandorte brauchen eine gewisse Grösse und Autonomie in pädagogischen und strategischen Fragen. Dadurch wird Innovation im Bildungsbereich möglich.»



### Studer Lilian

Wettingen, 1977  
Geschäftsführerin Blaues Kreuz Aargau/  
Luzern, Lehrerin für Textiles Werken  
EVP, bisher

«1. Die Möglichkeit der Integrativen Schulung soll beibehalten werden. Zurückgehen zum Kleinklassensystem ist keine Option. Auch die Unterstützung durch Assistenzpersonen finde ich wichtig. Beim Deutsch-Zusatzunterricht soll beispielsweise eine Lösung mit Beteiligung der Eltern überlegt werden, doch ein Abbau birgt Gefahren.

2. Die Wahlfreiheit soll weiterhin den Gemeinden überlassen werden. Es gibt sicherlich Optimierungsbedarf bei der Integrativen Schulung, aber ein Zurückgehen zum Status quo von früher schafft andere Probleme (Finden von guten Lehrpersonen, wieder eine Separation von gewissen Schülern, auch hier müssen in der Klasse unterstützende Lehrpersonen eingesetzt werden, und mehr).

3. Vgl. Antworten zu Fragen 1 und 2. Die Bildung ist unsere Ressource, was uns auch etwas kosten muss. Kosteneinsparungen werden aber leider weiterhin vor dem Bildungsbereich nicht Halt machen. Diese sollen aber dort gemacht werden, wo es sinnvoll ist, die Folgen absehbar und nicht schwerwiegend sind.»



### Brozzo Christine

Wettingen, 1979  
Lehrerin Sek II  
Grüne, neu

«1. Stundenerhöhungen und der Abbau der Anzahl Betreuungspersonen pro Klasse senken die Qualität der Bildung. Unser höchstes wirtschaftliches Gut ist unsere hochstehende Bildung. Mit den momentanen Abbaumassnahmen werden wir in Zukunft nicht nur im Lehrberuf einen Personalmangel spüren, sondern auch in allen anderen Berufszweigen.

2. Integrieren ist besser als ausgrenzen. Bei den derzeitigen Rahmenbedingungen ist es jedoch auch ohne Integration schwierig, allen Kindern mit sehr unterschiedlichen Lernvoraussetzungen im Unterricht gerecht zu werden. Die Problematik ist mit dieser Abschaffung nicht lösbar.

3. Ich möchte mich für eine bewegte Schule (Lernen mit Bewegung) mit Lernformen einsetzen, die den unterschiedlichen Voraussetzungen der Schüler Rechnung tragen können.»

## Bezirk Brugg



**Büeler Antonia**

Scherz, 1958  
Berufsschullehrerin  
SP, neu

«1. Ich finde es unverantwortlich, die Klassengrössen der Schulklassen zu erhöhen. Auch dass die Löhne der Lehrerinnen und Lehrer im Aargau seit langem stagnieren, ist nicht förderlich angesichts der Tatsache, dass nach wie vor ein Mangel an qualifizierten Lehrpersonen herrscht. Nur bei verbesserten Arbeitsbedingungen sind junge Lehrpersonen in diesem Beruf zu halten.

2. Die Integrative Schulung soll nicht abgeschafft, sondern verbessert werden. Jede Gemeinde soll sich überlegen, wie die Ressourcen der Heilpädagogik am besten eingesetzt werden.

3. Der Lehrplan 21 muss sorgfältig eingeführt werden, ohne dass die Lehrpersonen noch mehr belastet werden. Der Kanton Aargau muss dem Personal im Bildungsbereich mehr Wertschätzung entgegen bringen, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.»



**Haudenschild Peter**

Brugg, 1947  
Prof. em. Dr.oec.publ., selbstständiger  
Wirtschaftsberater  
FDP, neu

«1. Alle Massnahmen, die den Lehrberuf und damit die Bildung – unseren einzigen und wertvollen «Rohstoff» in der Schweiz, namentlich auch im Vergleich mit Nachbarkantonen – weiter unattraktiv machen und demotivieren, insbesondere der faktische Lohnabbau und eine generelle Erhöhung von Pensen und Klassengrössen.

2. Die heutige Lösung der differenzierten Integrativen Schulung in Kombination mit Sonderschulung ist grundsätzlich sinnvoll. Die praktische Umsetzung im Einzelfall ist mit Augenmass durchzusetzen, insbesondere dürfen deswegen normal und besonders Begabte nicht benachteiligt werden.

3. Ich würde mich für eine dekretskonforme Lohnentwicklung einsetzen.»

## Bezirk Bremgarten



**Küng Monika**

Wohlen, 1961  
Fachlehrerin für Hauswirtschaft  
und Italienisch  
Grüne, bisher

«1. Sparmassnahmen im Bildungsbereich gehen grundsätzlich nicht, sie sind alle schädlich. Besonders schlimm ist das Kürzen der Deutschstunden für fremdsprachige Kinder. Als eine Tragödie empfinde ich auch das Kürzen von musischen, handwerklichen und sportlichen Fächern und Angeboten. Diese Tendenz muss und wird sich wenden!

2. Die Integrative Schulung wieder abzuschaffen ist keine gute Idee. Sie ist ganzheitlich, das entspricht dem Menschsein.

3. Zusammen mit den anderen Grünen im Rat setzte ich mich dafür ein, die Bildung zu stärken und keine Sparmassnahmen in diesem Bereich zuzulassen. Bildung ist die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Religionen und Eigenheiten. Schulbildung für alle bildet die Grundlage für Gesundheit, Freiheit, Wohlstand, Kultur und Eigenverantwortung. Kürzen in der Bildung schädigt die Gesellschaft – deshalb: Mehr Steuereinnahmen für umfassendere, ganzheitliche Bildung einsetzen!»

## Bezirk Kulm



**Leitch-Frey Thomas**

Wohlen, 1962  
Sekundarlehrer  
Präsident Kommission BKS  
SP, bisher

«1. Grössere Klassen, die Reduktion der ungebundenen Lektionen an Kindergarten und Primarschule und die Reduktionen beim DaZ-Unterricht sind für mich ein «No-go»! Auch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen (Pensenerhöhungen, Abschaffung der Dienstalterszulagen, die Einschränkung der Intensivweiterbildung) sind unhaltbar.

2. Ich halte gar nichts von der Forderung, die Integrative Schulung abzuschaffen! Vielmehr sollten die Rahmenbedingungen verbessert und die entsprechenden Mittel gesprochen werden. Zusätzlich braucht es ein sonderpädagogisches Konzept, wie die meisten Kantone es haben. Es reicht nicht, die Handhabung besonderer schulischer Bedürfnisse bloss in Gesetz und Verordnung festzuhalten.

3. Mein Bildungsanliegen ist die Frühförderung! Studien, Untersuchungen wie auch die Praxis belegen die Wirksamkeit der frühen Förderung und Unterstützung. Ich würde deshalb einen neuen Anlauf zur Umsetzung von Massnahmen im Bereich der Frühförderung nehmen.»



**Debrunner Christa**

Unterkulm, 1960  
Primarlehrerin  
Grüne, neu

«1. Die Kinder sind unsere Zukunft. Wenn wir wollen, dass wir eine gute Zukunft haben, müssen wir in unsere Kinder investieren. Bei der Bildung noch mehr zu sparen geht nicht ohne Qualitätseinbusse. Deshalb lehne ich alle Abbaumassnahmen im Bildungsbereich ab.

2. Die Integrative Schulung ist eine grosse Chance für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, da sie von den anderen Kindern lernen können. Das Selbstwertgefühl ist besser, als wenn diese Kinder in einer speziellen Klasse gefördert werden. Dank gezielter Unterstützung durch Fachpersonen können Defizite abgebaut werden. Die ganze Klasse kann profitieren, da die Fachpersonen alle Kinder bei Schwierigkeiten unterstützen und bei Problemen auch die Lehrpersonen beraten.

3. Mir ist es ein grosses Anliegen, dass in der Schule alle Kinder gute Chancen haben. Um das zu unterstützen, braucht es in allen Gemeinden familienergänzende Tagesstrukturen wie Betreuungsstunden, Mittagstisch und Aufgabenhilfe.»

## Bezirk Laufenburg



**Basler Colette**

Zeihen, 1973  
Sekundarlehrerin, Bäuerin  
SP, neu

«1. Die Kürzung oder Streichung der Angebote für die schwächsten Schülerinnen und Schüler (DaZ, Abschaffung Berufswahljahr/Werkjahr ...). Diese fallen zwischen Stuhl und Bank. Gelingt ihre Integration nicht, werden sie uns später ein Vielfaches kosten (Sozialhilfe). Zudem werden Lehrpersonen zusätzlich mit solchen Integrationsaufgaben belastet, gerade bei grossen Klassen.

2. Heute können die Gemeinden wählen, ob sie Kleinklassen haben oder ihre Schule integrativ führen. Wie sich jüngst in einer Umfrage bestätigte, ist dies eine gute Lösung. Die betreffenden Schulen halten an ihren Modellen fest und beide sind gut. Zurück können wir nicht. Wollten wir das, müssten wir die Klassengrösse massiv reduzieren, was aus Spargründen nicht möglich ist.

3. Eine auf den Aargau angepasste Version des Lehrplans 21 soll eingeführt werden. Seine Erstellung war teuer. Die darauf basierende Harmonisierung, auch der Lehrmittel, würde massiv Kosten sparen. So müsste bei Klassengrössen, Wahlfächern und Lehrerlöhnen weniger gespart werden.»

## Bezirk Laufenburg



**Burgener-Brogli Elisabeth**

Gipf-Oberfrick, 1961  
Lehrbeauftragte FHWN  
SP, bisher

«1. Alle Abbaumassnahmen sind inakzeptabel, da die schon stark belasteten Schulen immer mehr unter Druck kommen. Unterstützung ist daher willkommen. Aber genau da wurde und wird weiter abgebaut, etwa durch die Abschaffung des Berufswahljahres und die Reduktion der DaZ-Lektionen. Das geht nicht. Betreffend die Reduktion des Wahlfaches Latein habe ich einen Vorstoss miteingereicht, da diese Massnahme für kleine Schulen existenziell wird.

2. Die Aargauer Schulen haben die Wahlmöglichkeit, und sie wollen, gemäss einer Umfrage, bei diesem System bleiben. Viele Schulen haben die Integrative Schulung eingeführt, und die Politik ist verpflichtet, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Handlungsbedarf besteht vor allem in der Realschule, was aber kein Grund dafür sein darf, das ganze System infrage zu stellen.

3. Starke öffentliche Schulen brauchen mehr und nicht weniger Unterstützung. Dafür setze ich mich weiterhin ein. Zusätzlich ist es mir ein Anliegen, den Privatisierungstendenzen, unter anderem im Sonderschulbereich, die Stirn zu bieten.»

## Bezirk Lenzburg



**Sutter-Suter Sabine**

Lenzburg, 1964  
Unternehmerin  
CVP, neu

«1. Sparen auf Kosten der Sprachkompetenz darf nicht sein! Die Sprachentwicklung beeinflusst alle anderen Kompetenzen. Die Qualität des Bildungssystems als Ganzes ist zudem abhängig von der Qualität des Unterrichts und der Professionalität der Lehrpersonen. Schlechtere Anstellungsbedingungen führen zu einem Leistungsabbau.

2. Kinder mit Lernschwierigkeiten in Regelklassen zu fördern hat zu neuen Formen des Unterrichts geführt, von denen alle profitieren. Die mögliche Kehrseite sind mangelnde Begabtenförderung, Niveauverlust der gesamten Klasse und Überforderung der Lehrkräfte durch einzelne, besonders verhaltensauffällige Schüler. Integrativer Unterricht kann zur Förderung aller beitragen, falls er mit genügend Ressourcen ausgestattet ist.

3. Bildung fördert die Fähigkeit, selbstständig und eigenverantwortlich zu handeln. Neben der adäquaten Entlohnung der Lehrpersonen sind mir die deutsche Sprache, Technik- und lebenspraktische Fächer wie Hauswirtschaft und handwerkliche Fähigkeiten wichtig.»



**Scholl Kathrin**

Lenzburg, 1962  
stv. Geschäftsführerin alv  
SP, bisher

«1. Sämtliche Massnahmen, die die Bildungszeit und die Bildungsqualität für die Schülerinnen und Schüler verringern. Dazu gehören unter anderem der Abbau von Lektionen und von Unterstützungsangeboten, grössere Klassen, höhere Pensen für Lehrpersonen und sämtliche Personalmassnahmen, die den Mangel an qualifizierten Lehrpersonen verschärfen.

2. Die Integrative Schulung hat viele Vorteile für Schülerinnen und Schüler, die man nicht wieder preisgeben sollte. Wichtig ist jedoch, dass auftretende Schwierigkeiten gezielt angegangen werden. Realistische Lösungen statt ideologische Scheuklappen sind mehr denn je gefragt. Die Wahlfreiheit der Gemeinden ermöglicht sinnvolle Lösungen.

3. Der Abbau bei der Bildung wird uns später teuer zu stehen kommen, daher werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass das Bildungsbudget nicht weiter geplündert wird. Ebenso brauchen die Lehrpersonen gute und verlässliche Arbeitsbedingungen, um den hohen Anforderungen gerecht werden zu können.»